

PRESSEMITTEILUNG

LKW-Verkehr am Anger: Grüne sehen „hohes Risiko, dass Unfälle zunehmen“

Es kam auch für die Stadtratsmitglieder überraschend: Mitte November gab das Staatliche Bauamt aufgrund des sanierungsbedürftigen Zustandes der Schanzlbrücke bekannt, dass ab Dezember eine Sperrung für Fahrzeuge über 3,5 Tonnen gilt, davon ausgenommen ist der Linienverkehr. Die Umleitung soll über die FJS-Brücke erfolgen. Die Grünen hatten bereits kritisiert, dass das Umleitungskonzept ohne Rücksprache oder einer Information des Stadtrats auf den Weg gebracht wurde.

Nun äußern die beiden Ordnungsausschussmitglieder, Diana Niebrügge und Matthias Weigl, in einer gemeinsamen Pressemitteilung eine weitere Befürchtung: „Wir sehen ein hohes Risiko, dass Unfälle zunehmen. Dieses Jahr haben wir bereits eine rekordverdächtige Zahl an Unfällen mit LKW beim Spurwechsel am Anger mit massiven Staus als Folge erlebt. Über den Sommer wurde der Autobahnzubringer ertüchtigt, wodurch noch mehr Transitverkehr durch das Stadtgebiet umgeleitet wurde und auch die Unfälle zugenommen haben. Mit der Sperrung der Schanzlbrücke für Fahrzeuge über 3,5 Tonnen befürchten wir, dass es erneut zu einer Zunahme an Unfällen durch Spurwechsel kommt.“ Denn: Nun müssen alle LKWs, die das Stadtgebiet in Richtung B388 stadtauswärts durchfahren, am Anger die Fahrspur wechseln. „Sollte der Fall eintreten, dass die Unfallhäufung dadurch zunimmt, kommt es zu noch mehr und noch längeren Staus, die durch die Schanzl-Sperrung und die Umleitung über die FSJ-Brücke ohnehin zu erwarten sind“, so Niebrügge und Weigl.

Aus Sicht der Grünen sei das ein weiterer Grund, der für ein LKW-Durchfahrtsverbot spricht. Im Februar hatte sich der Ordnungsausschuss einstimmig dafür ausgesprochen, eine endgültige Entscheidung steht noch immer aus. „Der Zustand der Brücken im Stadtgebiet, die zu erwartenden verkehrlichen Beeinträchtigungen durch sanierungsbedingte Sperrungen und

das erhöhte Risiko von zunehmenden LKW-Unfällen bei Spurwechseln sind klare Gründe, warum es jetzt endlich ein Durchfahrtsverbot braucht, das den LKW-Transitverkehr über den ertüchtigten Autobahnzubringer umleitet und so den innerstädtischen Verkehr entlastet. Wir sollten hier endlich alle Möglichkeiten ausschöpfen, bevor jemand zu Schaden kommt und die Stadt noch weiter im Stau versinkt“, appellieren Niebrügge und Weigl.